

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 79
Telefax 032 627 22 69
pd@sk.so.ch
www.parlament.so.ch

A 046/2007 (VWD)

Auftrag überparteilich: Das Niederamt als Standort eines neuen Kernkraftwerks sichern (14.03.2007)

Der Regierungsrat wird beauftragt, sich im Rahmen seiner Kompetenz aktiv bei allen Beteiligten aller Ebenen für den raschen Bau eines Kernkraftwerks (Gösgen II) im Niederamt einzusetzen, um so ein positives Signal zu setzen und einen Beitrag zur Schliessung der drohenden Stromlücke in der Schweiz zu leisten. Zudem wird er beauftragt, die straffe Durchführung des Bewilligungsverfahrens beim Bund und den Kantonen, insbesondere im Kanton Solothurn, zu unterstützen.

Der Regierungsrat wird ersucht, in seiner Stellungnahme zu diesem Vorstoss auf folgende Fragen zu antworten:

1. Auf welche Art und Weise kann sich der Regierungsrat im Sinne des Auftrags einsetzen?
2. Welche Verfahren auf politischer Ebene und auf der Seite der Investoren sind im Sinne des Auftrags einzuleiten?

Begründung (14.03.2007): schriftlich.

Im Jahr 2035 fehlen der Schweizer Bevölkerung und der Wirtschaft 25 bis 30 TWh Strom. Das entspricht der Hälfte des heutigen Stromkonsums der Schweiz (2006: 62 TWh, davon 4 TWh Nettoimport). In seinen «Energieperspektiven» zeigt der Bund auf, dass die Schweiz bereits ab 2018 neue Grundlastkraftwerke braucht, um im Winter den Landesverbrauch mit inländischer Produktion zu decken. Unter Extrembedingungen wie einer Kältewelle kann die Schweiz bereits heute den Strombedarf nicht mehr ohne Importe decken. Die Schweiz war schon in den beiden vergangenen Jahren auf Stromimporte aus dem Ausland angewiesen und somit Nettoimporteur von Strom.

Doch vermehrte Importe führen zu Abhängigkeit vom Ausland. Im europäischen Stromnetz und an der Schweizer Grenze gibt es Netzengpässe, die den Stromimport erschweren und verteuern. Zudem fehlen in ganz Europa Kraftwerke. Im Jahre 2030 werden es rund 300 von der Grösse des Kernkraftwerks Gösgen (KVG) sein. Die Regierungen dieser Länder werden bei Strommangel von den Produzenten verlangen, den Export einzustellen und zuerst das eigenen Land zu versorgen.

Die Steigerung der Energieeffizienz alleine löst das Versorgungsproblem nicht, denn Energieeffizienz führt in der Regel zu höherem Stromverbrauch (z.B. Ersatz von Ölheizungen durch Wärmepumpen, Minergiehäuser mit elektrisch betriebenen Lüftungen und Storen). Deshalb wird der Stromverbrauch auch in der Zukunft steigen (schätzungsweise 2 Prozent bei BIP-Anstieg um 1 Prozent). Auch das Bevölkerungswachstum trägt zu höherem Stromkonsum bei. Trotz aller Energiesparprogramme des Bundes hat der Stromverbrauch seit 2000 um mehr als 10 Prozent zugenommen.

Durch die grosszügige Förderung der erneuerbaren Energie, wie sie das eidgenössische Parlament vorsieht, kann die Stromlücke auch nicht gedeckt werden. Mit den 5.4 TWh pro Jahr, die 2035

mit Wasserkraft, Biomasse und Solar- und Windenergie zusätzlich erzeugt werden sollen, kann nur ein Fünftel der Stromlücke abgedeckt werden. Angesichts der Klimaprobleme sind Kohle- und Gaskraftwerke keine Lösung, denn so kann die Schweiz die Kyoto-Verpflichtungen nicht einhalten. Die Schweizer Kernkraftwerke werden seit bald vier Jahrzehnten sicher betrieben und produzieren zuverlässig und wirtschaftlich Strom, ohne CO₂ auszustossen. Ab 2012 werden die Schweizer Kernkraftwerke altershalber schrittweise vom Netz genommen. Um sie und die auslaufenden Importverträge mit Frankreich zu ersetzen, muss die Schweiz neue Kernkraftwerke bauen. Die modernen Kraftwerke der dritten Generation, die nun überall auf der Welt gebaut werden, zeichnen sich durch eine sehr hohe Sicherheit aus. Diese standardisierten Typen sind erprobt und sollten unverändert in der Schweiz gebaut werden. Der Energieträger ist weltweit genügend vorhanden, weitere Vorkommen werden erschlossen. Zudem stammt Uran aus Ländern wie Australien und Kanada, die politisch stabil und sicher sind. Auch der Entsorgungsnachweis ist erbracht. Der Bund ist daran, mit einem Sachplanverfahren den Standort des Tiefenlagers festzulegen.

Kernkraftwerke sind Anlagen mit einem hohen Unterhaltsbedarf, was viele qualifizierte Arbeitsplätze im Werk und bei Zulieferern schafft. Nebst Strom generieren sie auch Steuereinnahmen für die Gemeinden, den Kanton und den Bund. Im Weiteren versorgen Kernkraftwerke die Bevölkerung und die Wirtschaft zuverlässig und zu einem vernünftigen Preis mit Strom.

Der Kanton Solothurn, insbesondere das Niederamt, hat gute Erfahrungen mit der Kernenergie gemacht. Die Gemeinden des Niederamts schätzen das KKG als zuverlässigen Partner, als Arbeitgeber und Steuerzahler. Der Kanton soll nun alle in seiner Kompetenz stehenden Massnahmen ergreifen, um den Bau eines weiteren Kernkraftwerks (Gösgen II) im Niederamt zu ermöglichen. Zum Wohle der Bevölkerung, der Gemeinden, der Wirtschaft und der Schweiz.

Unterschriften: 1. Hans Rudolf Lutz, 2. Claude Belart, 3. Urs Allemann, Yves Derendinger, Ernst Zingg, Beat Loosli, Thomas Roppel, Andreas Schibli, Christina Meier, Hansruedi Wüthrich, Annekathi Schluep, Andreas Gasche, Heinz Bucher, Rosmarie Heiniger, Fritz Lehmann, Walter Gurtner, Rolf Sommer, Beat Ehrensam, Ruedi Nützi, Ursula Deiss, Bruno Oess, Esther Bosshart, Thomas Eberhard, Reinhold Dörfliger, Verena Meyer, Christian Thalmann, Remo Ankli, Kurt Henzi, Andreas Eng, Beat Käch, Alexander Kohli, François Scheidegger, Robert Hess, Heinz Müller, Roman Stefan Jäggi, Samuel Marti, Hansjörg Stoll, Peter Müller, Herbert Wüthrich, Enzo Cessotto, Martin Rötheli, Pirmin Bischof, Andreas Riss, Adrian Flury, Konrad Imbach, Hans Ruedi Hänggi, Beat Allemann, Rolf Späti, Willy Hafner, Roland Fürst, Chantal Stucki, Hans Abt, Edith Hänggi, Thomas A. Müller, Ulrich Bucher. (55)